

Wirtschaftspolitik

SPD ohne Sprecher

Der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder darf nicht länger als offizieller wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD auftreten. Schröder sei lediglich beauftragt, im Juni das „Wirtschaftsforum“ der SPD zu leiten, stellte Parteichef Oskar Lafontaine fest. Der SPD-Chef kategorisch: „Es gibt derzeit keinen wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD.“ Rudolf Scharping hatte kurz vor seiner Abwahl als Parteichef seinem Intimfeind Schröder die Zuständigkeit für ökonomische Fragen entzogen. Lafontaine, der zunächst Schröders Sprecherrolle bestätigte, wurde nun von Mitgliedern der engeren SPD-Führung zu dieser Klarstellung veranlaßt. Auch Lafontaine hat inhaltliche Differenzen mit Schröder. Der Niedersachse macht die zu hohe Kostenbelastung des Stand-



Lafontaine, Schröder

orts Deutschland für die Wachstumschwäche verantwortlich. Lafontaine hingegen behauptet, vor allem Nachfragesteigerung und internationale Zusammenarbeit könnten die deutsche Konkurrenzfähigkeit stärken. Am vorigen Dienstag stellte sich Schröder erstmals

der Bonner Bundestagsfraktion, die er noch im Herbst vorigen Jahres als „Kartell der Mittelmäßigkeit“ abgemeiert hatte, und erneuerte seine Kritik an der Bonner SPD-Oppositionspolitik. Bei den von der Regierung gewollten und von der Opposition abgelehnten Kürzungen von Transferleistungen wie Arbeitslosen- und Sozialhilfe rate er der SPD allerdings zu Augenmaß. Er müsse in den nächsten vier Jahren 8000 Stellen streichen, kündigte Schröder an. Da helfe es nicht, „die Sauce der Solidarität drüberzugießen“. Erneut warnte Schröder, der eine Erhöhung der Mehrwertsteuer bevorzugt, davor, jetzt die ökologische Steuerreform zum Erkennungszeichen der SPD zu machen.

Japan

Pause für Bürokraten

Japans Elite-Beamte sollen künftig nicht mehr so einfach in die Privatwirtschaft wechseln können. Statt zwei sollen die Bürokraten künftig fünf Jahre nach der Pensionierung warten, bis sie lukrative Managerjobs übernehmen, empfiehlt eine Regierungskommission. Über 200 pensionierte Ministerialbeamte wechseln jährlich auf einflußreiche Managerposten, überwiegend aus dem Finanzministerium. Mit Vorliebe steigen sie bei Banken und Wertpapierhäusern ein, deren Kontrolle ihnen bislang oblag. Für die neuen Arbeitgeber halten sie dann den Draht zu ihren früheren Untergebenen in den Ministerien. Ob sich der notorische Filz der „Japan-AG“ indes mit Hilfe der jüngsten Vorschläge lockern läßt, scheint zweifelhaft. Schon an die zweijährige Pausenempfehlung hielten sich nur wenige Beamte.



Mazda-Produktion in Hiroshima

Automobilindustrie

Neuer Kurs bei Mazda

Ford greift jetzt bei dem japanischen Autohersteller Mazda durch. Nachdem die Amerikaner ihre Beteiligung auf gut 33 Prozent erhöht haben, wird Ford-Manager Henry Wallace im Juni offiziell

Mazda-Chef. Gravierende Änderungen stehen an: So will der Neue die Abhängigkeit von der japanischen Währung verringern. Ein hoher Yen-Kurs führt dazu, daß Mazda mit seinen Exporten immer weniger verdient. Künftig soll Mazda mehr Teile im Ausland einkaufen und zusätzliche Fabriken errichten. Zudem will Wallace prüfen, ob Mazda mehr gemeinsame Modelle

mit Ford auf den Markt bringen kann. Bislang verkaufen die Japaner den leicht modifizierten Ford Fiesta unter dem Markennamen Mazda 121 als eigenen Kleinwagen. Der künftige Mazda-Chef warnt jedoch davor, zuviel Gemeinschaftsautos zu produzieren, bei denen der einzige Unterschied das Markenzeichen ist: „Das wäre verheerend.“

Geldanlage

Spekulieren ohne Risiko

In wenigen Tagen sammelte die Adig, die Investmentgesellschaft der Commerzbank, mit zwei Aktienfonds (A.L.S.A. System D3/2000 und D4/2000) 900 Millionen Mark ein – üblicherweise dauert es bei einem Aktienfonds im Schnitt ein bis zwei Jahre, bis sich derartige Beträge anhäufen. Mit einem ähnlichen Fonds-Konzept brachte die Dresdner-Bank-Tochter DIT ganz schnell 600 Millionen Mark zusammen, und innerhalb von drei Tagen kassierte die DWS, die Investmentgesellschaft der Deutschen Bank, mit ihren „Konzept-Fonds“ über eine Milliarde Mark ein: Die sogenannten Aktienfonds mit Garantie sind derzeit der Renner im Geldgewerbe. Bei diesen Fonds, vor drei Monaten von der Commerzbank unter dem Motto „Aktie mit Vollkasko“ mit großem Aufwand propagiert, kann der Anleger ein bißchen spekulieren, geht aber kein Risiko ein: Steigt der Deutsche Aktienindex (Dax), ist der Sparer in der Regel zu 50 bis 60 Prozent an der Wertsteigerung beteiligt; geht es mit der Börse abwärts, erhält der Anleger zum Ende der Laufzeit, meist drei bis fünf Jahre, sein eingezahltes Kapital zurück. Die Fonds wurden konzipiert, weil die deutschen Sparer risikoscheu sind; nur sechs Prozent haben einen Teil ihres Vermögens in Aktien angelegt. Die Banken lassen sich die Absicherung eines möglichen Risikos außerordentlich gut bezahlen; für die Sparer sind die Garantiefonds keine sonderlich günstige Geldanlage.